

Die Zukunft hat in Loitz erneut begonnen, nämlich jetzt!

Von Ulrike Rosenstädt

Sie wollen ihn schaffen, den Sprung in Phase drei des Bundesprojektes Zukunftsstadt 2030+. Doch zuvor heißt es ranklotzen, damit zunächst in Phase zwei ordentliche Ergebnisse entstehen. Der Startschuss ist gefallen. Rund 40 Mitstreiter waren zu Wochenbeginn mit dabei.

LOITZ. Energie haben sie reichlich. Die zu verteilen, fällt ihnen auch nicht schwer: Projektmanagerin Elke Marquart und Professor Peter Dehne von der Hochschule Neubrandenburg moderierten jetzt den Auftakt zur Phase zwei des Projektes Zukunftsstadt 2030+. Wie berichtet, gehört das Amt Peenetal-Loitz zu den Kommunen, die sich an diesem bundesweiten Wettbewerb, in dem es um Zukunftsvisionen und Daseinsvorsorge geht, beteiligen dürfen. Ihre Ideen und kreativen Arbeiten aus Phase eins waren beim Geldgeber so gut angekommen, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung entschied: Loitz kommt weiter.

Anlauf haben alle Beteiligten seit der Verkündung dieser guten Nachricht nun lange genug genommen, jetzt soll es mit der konkreten Arbeit losgehen. Über 40 Mitstreiter, die bereits im zurückliegenden Jahr ordentlich an der Zukunftsschraube gedreht hatten, waren in den KulturKonsum gekommen, um zu hören, was es in den nächsten Monaten zu tun gibt: „Wir schlagen vor, vier Arbeitsgruppen zu gründen, die sich mit den Schwerpunkten Stadtentwicklung, Mobilität, Dorf- und Gemeindeentwicklung sowie Kommunikationswege auseinandersetzen“, kündigte Peter Dehne an. Prompt kursierten im Raum Listen, in die sich die Peenetal-Loitzer



Professor Peter Dehne von der Hochschule Neubrandenburg unterstützt das Amt Peenetal/Loitz bei der Arbeit am Zukunftsstadt-Projekt. Auch am Montag stand er den Bewohnern Rede und Antwort.

eintragen konnten, um gleich ihre Bereitschaft zur Mitarbeit zu signalisieren. Die soll Anfang März beginnen. Angedacht sind über die AG-Arbeit hinaus Exkursionen in Regionen, in denen Modelle wie Mehrgenerations-Einrichtungen, multiple Häuser oder Altstadtsanierung in ähnlich gering besiedelten Regionen bereits beispielhaft funktionieren. „Wir können und müssen uns austauschen, Anregungen holen und schauen, einfach voneinander lernen“, versuchte Professor Dehne seine Gesprächspartner zu

motivieren. Zu denen gehörte am Montagabend auch Dr. Johannes Winter, der gerade in der Umsetzung der Idee aus Phase eins, nämlich dem Aufbau eines generationengerechten Stadtquartiers, eine große Chance für Loitz sieht. „Wenn wir es schaffen, den Bau des Wohnquartiers in der Innenstadt wirklich auf den Weg zu bringen, dann hat Loitz etwas Besonderes vorzuweisen“, sagte Johannes Winter. Er sehe dieses Ziel als gute Motivation für die Arbeit in der zweiten Projektrunde. Die erneut zu gewinnen, den



Der Loitzer Bürgermeister Michael Sack, Amtsvorsteher Eckhart Zobel und Sassen-Trantows Bürgermeister Detlef Behm (von links) bedanken sich bei allen, die bisher an dem Projekt mitgearbeitet haben, und begrüßten sie zum Start in Runde zwei.

FOTOS: ULRIKE ROSENSTÄDT

nächsten Schritt zu schaffen und die nächste Summe, die der Bund dann zur Verfügung stellt, möglichst in den Bau des Quartiers zu stecken, „das ist ein Ziel, das wir uns alle vornehmen sollten“, sagte Winter.

Wie viel Geld das konkret sein wird, darüber konnte am Montagabend noch niemand Auskunft geben. Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung hält sich noch bedeckt: „In der dritten Phase des Wettbewerbs werden bis zu acht Städte die Möglichkeit erhalten, ihre

Konzepte konkret umzusetzen. Die hierfür notwendige finanzielle Unterstützung wird sich an dem Bedarf im konkreten Fall orientieren, es wird aber davon ausgegangen, dass die Summe höher ist, da es nun in die Umsetzung in Reallabore geht. Da davon auszugehen ist, dass die Ideen über den Bereich der nachhaltigen Stadtfor-schung hinaus gehen, wird es auch Gespräche für die Unterstützung aus wei-

teren Bundesressorts geben“, erklärte auf Nordkurier-Anfrage Ministeriums-Mitarbeiterin Nina von Sartori. Bis 2018 können die Peenetal-Loitzer nun Zeit und Kraft in die Tätigkeiten innerhalb der Arbeitsgruppen investieren. Wer mehr Infos benötigt oder sich beteiligen möchte, der kann ab sofort mit der Projektmanagerin Elke Marquart unter: amtpeenetal.loitz@loitz.de Kontakt aufnehmen.



Die Gäste der Auftaktveranstaltung wurden auch diesmal wieder aktiv mit einbezogen.



Das Wettbewerbslogo für Zukunftsstadt 2030+.

FOTO: ZVG

Abfall: Bei Ferienhäusern will der Kreis genau hinschauen

Von Anne-Marie Maaß

Zum Jahresanfang wurde die Abfallentsorgung in Vorpommern-Greifswald neu geregelt. Bislang lief das auch relativ problemlos, so die Behörde. Rund 410 Widersprüche sind bislang beim Landkreis eingegangen.

VORPOMMERN-GREIFSWALD. Auch wenn es hier und da einige Anlaufschwierigkeiten gab, blickt man im Landkreis mittlerweile recht zufrieden auf die Einführung eines einheitlichen Abfallwirtschaftskonzepts in Vorpommern-Greifswald. Seit Anfang des Jahres wurden die vormaligen vier Gebiete der Entsorgung zu einem zusammengeführt. Dabei haben sich nicht nur die Abholzyklen in einigen Orten verändert, sondern auch die Satzungen und Ge-

bühren. Dennoch habe man derzeit viel weniger Widersprüche auf dem Tisch liegen, als in anderen Landkreisen, betont Vize-Landrat Jörg Hasselmann. Derzeit seien es rund 410 Eingaben, erklärt Ingolf Zölfel vom Umweltamt.

Der größte Teil der Widersprüche, immerhin 270, bezieht sich dabei auf Ferienwohnungen. Sie werden nun generell ganzjährig veranlagt, wenn der Besitzer die saisonale Nutzung nicht nachweisen kann. Betroffen sind vor allem die Insel Usedom und die Umgebung von Greifswald.

Ausnahmen von der generellen Müllgebühr werden jedoch in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ämtern geprüft und dann auch kontrolliert. Müllgebühren



Extra Biotonnen wird es auch in Zukunft in Vorpommern wohl nicht geben. FOTO: C. CHARISIUS

sparen und gleichzeitig öffentliche Plätze zumüllen, das wolle man strikt vermeiden.

Weitere 40 Widersprüche gab es zudem ebenfalls zur saisonalen Nutzung von Gewerbetreibenden. Auch dort erfolgt eine Prüfung der ein-

zelnen Fälle. Jeweils 20 Beschwerden gab es zur Höhe der Gebühren und zum Anschlusszwang. Dieser sei jedoch gesetzlich vorgeschrieben, so Zölfel.

Dass man im Landkreis auf die Einführung einer Biotonne verzichtet hat, sei rückblickend betrachtet immer noch eine richtige Entscheidung gewesen, so Hasselmann. Durch die neuen Düngeregulierungen sei es derzeit kaum möglich, den Kompost an Bauern zu vermarkten. Die Einführung einer zusätzlichen Biotonne sei demnach nur mit einer deutlichen Gebührenerhöhung möglich gewesen. Zumal die meisten Bürger ihren Biomüll bereits auf dem eigenen Komposthaufen verrotten lassen würden.

Greifswalderin organisiert SPD-Kreistagsarbeit

VORPOMMERN. Die SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Vorpommern-Greifswald hat eine neue Geschäftsführerin. Der bisherige Geschäftsführer Falko Beitz aus Stolpe von der Insel Usedom hat die Funktion eines wissenschaftlichen Mitarbeiters von Christian Pögel – Landtagsabgeordneter und Schweriner Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung – in Wolgast übernommen und den Geschäftsführer-Posten daher abgegeben. Stattdessen haben die Mitglieder der Kreistagsfraktion einstimmig Brigitte Witt gewählt, die aber weiterhin ihr Mandat als Kreistagsmitglied behält. Sie ist außerdem Mitglied im Finanzausschuss der Bürger-schaft Greifswald.

Brigitte Witt ist 65 Jahre alt, war 40 Jahre lang als Berufsschullehrerin für Mathematik und Informatik an der Berufsschule in Greifswald tätig, wo die gebürtige Dresd-

nerin seit 1974 auch lebt. Die Kreistagsfraktion hat ihr Büro in der Weißgerberstr. 14 in Greifswald und ist dort auch für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar. Kontakt auch über Telefon 0151 270 292 84 oder E-Mail fraktion@spd-vorpommern-greifswald.de



Brigitte Witt ist die neue Geschäftsführerin der SPD-Kreistagsfraktion. FOTO: ZVG